

Offener Brief an Bundesrat Steiger

Karl Hofmaier, Emil Arnold und Marino Bodenmann veröffentlichen einen offenen Brief, datiert 18. Januar 1943 an den Bundesrat von Steiger, Vorstehen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements.

In der Debatte im Nationalrat über die Staatschutzverordnung vom 4. August 1942 berichtete Bundesrat Steiger über seine persönliche Einstellung zur Kommunistische Partei und deren führenden Kommunisten. Da diese in einer öffentlichen Sitzung abgegeben wurde und die gesamte Presse ausführlich darüber berichtete, gestatten sich die drei KPS Mitglieder der Bundesversammlung und der Presse mit einem offenen Brief zu informieren, und hoffen gerne sich damit nicht verbotener kommunistischer Propaganda schuldig gemacht haben.

Anstoss zur Debatte war nicht irgendein Verbrechen von Kommunisten, sondern die Praxis der Bundesanwaltschaft, mit Zustimmung von Oberstbrigadier Dr. Eugster gegen verhaftete Kommunisten in Zürich die Schutzhaft zu verfügen.

Bundesrat Steiger war erstaunt über die Proteste in der Anwendung der Schutzhaft für Kommunisten, während Volk und Parlament gegen Landesverräter, Spione und gegen die frontistische nationalsozialistische Bewegung schärferer Massnahmen forderten. Dies, nachdem die beiden Landesverräter Dr. Keller und Dr. Wechlin aus der Untersuchungshaft entlassen wurden und ins Ausland absetzten.

Dies führte zur Interpellation vom 4. Juni 1942 durch den liberalen Nationalrat Rochaix und 66 Mitunterzeichner.

Eine gewisse Anzahl von Individuen, deren Handlung die Sicherheit des Landes gefährdeten, wurden zu Strafen verurteilt, über die allgemein die Auffassung herrscht, dass sie der Schwere der Delikte nicht entsprechen. Zudem ist es einigen dieser Landesverräter anscheinend ohne Grosse Mühe gelungen die Grenze zu überschreiten und so den Gerichten zu entgehen. Ist der Bundesrat bereit

1. zu prüfen durch welche Mittel von den Militärgerichten Urteile erwirkt werden können, die mit der Gerechtigkeit und dem Gebot der Stunde besser im Einklang stehen;
2. die Verantwortlichkeit jener zu untersuchen, die durch Fahrlässigkeit, Willfährigkeit oder Schwäche den Angeklagten, die von Untersuchungsbeginn an als schuldig erkannt wurden, die Gelegenheit zur Flucht verschafften, wodurch sie jeder Sanktion entgehen und im Ausland ihre verbrecherische Tätigkeit fortsetzen konnten?

Selten wurden im Parlament so schwere Vorwürfe gegen ein Departement erhoben. Es wird ausdrücklich verlangt zu untersuchen wer die Verantwortung dafür zu tragen hat. Wir wissen nicht ob diese Untersuchungen durchgeführt wurden, die Öffentlichkeit hat jedenfalls nie etwas erfahren. Bundesrat Steiger sollte nicht erstaunt

Dann sollte Steiger erklärt haben «Es sind auch mit Handgranaten und Sprengstoff ausgerüstete Kommunisten festgenommen worden». Behauptung, welche für die Unterzeichner eine glatte Erfindung ist, um die kommunistische Bewegung zu verleumden und das Volk gegen sie aufzuhetzen. Steiger wisse genau, dass die kommunistische Partei nie Anweisungen zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in der Schweiz herausgegeben hat. Kommunisten noch Sozialisten haben auf die Hilfe des Auslandes spekuliert zur Verwirklichung der von ihnen angestrebten politischen und sozialen Ziele. Wir Kommunisten

und Sozialisten fühlen, denken und handeln als Schweizer. Wir erstreben eine gerechte Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung, die in keiner Weise die Unabhängigkeit unseres Landes in Frage stellt oder mit seinen demokratischen Traditionen in Widerspruch steht.

In der Debatte im Nationalrat ist ihnen von verschiedenen Rednern die ungleiche Behandlung von rechts und links vorgeworfen worden, was sie formell bestritten haben. Dann haben sie aber die ungleiche Behandlung der «Eidgenössischen Sammlung» und der kommunistischen Partei zu rechtfertigen versucht. Allerdings mit einer merkwürdigen und nicht überzeugenden Begründung. Die «Eidgenössische Sammlung» soll nämlich von Personen geführt werden, die politisches Vertrauen verdienen, obwohl sie voll von «unvertrauten» Elementen sei! Dagegen habe die kommunistische Partei viele gutgläubige und harmlose Mitläufer unter der Arbeiterschaft, aber ihre Führer verdienen kein politisches Vertrauen.

Ihre Behauptung steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Denn – bis heute ist kein führender Kommunist, keine führende Linksozialistin – ja nicht einmal ein Anhänger dieser Bewegung – in ein Verfahren wegen Landesverrat oder Spionage verwickelt gewesen. Können sie dies von führenden Frontisten behaupten? Waren Dr. Keller, Dr. Wechlin, Leo Wirz nicht führende Frontisten. Verdienen sie politisches Vertrauen, wie es offenbar neben ihnen auch Bundesrat Pilet-Golaz hatte, als er einige dieser Landesverräter empfing? Ist es nicht notorisch, dass einige der erschossenen Landesverräter Mitglieder der «Eidgenössischen Sammlung» waren?

Sie gaben in ihrer Rede im Nationalrat gleiche Behandlung von links und rechts zugesichert. Wir stellen eine solche Gleichstellung der Bewegung, deren Vertrauensleute wir sind, mit dem politischen Gesindel des Landesverrates und der Spionage mit Entschiedenheit ab.

Trotz Verfolgung und Gefängnis bleiben wir unserer politischen Gesinnung und unserer sozialistischen Überzeugung treu und werden nicht aufhören, die Wiedergewährung unserer politischen Bürgerrechte, die Aufhebung der Verbote unserer Parteien und ihrer Zeitungen zu fordern, damit wir für die politischen und materiellen Interessen des arbeitenden Volkes eintreten können. Wir betrachten das als unser gutes, verfassungsmässiges Recht.